

Presseinformation

154/2011

Kiel, 4. Mai 2011

Ranka Prante zum Hebammenstreik am 5. Mai: „Gerechte Entlohnung und Versorgung im ländlichen Raum müssen gesichert werden.“

Kiel. DIE LINKE im Schleswig-Holsteinischen Landtag fordert von der Landesregierung eine Initiative zur Sicherstellung der Versorgung mit Hebammen und Geburtshelfern und die Verbesserung ihrer Einkommenssituation. Hintergrund ist der Streik der Hebammen für bessere Arbeitsbedingungen, der in einer Demonstration vor dem Landeshaus am 5. Mai gipfelt.

„Die Existenz der meisten Hebammen und Geburtshelfer ist akut gefährdet. Auf der einen Seite sind die Gebühren für Hebammenleistungen und damit ihr Verdienst seit 2007 nicht mehr angehoben worden, auf der anderen Seite sind die Beiträge zur Haftpflichtversicherung in den letzten Jahren enorm angestiegen. Steigende Lebenshaltungskosten und steigende Abgaben führen zu einer dramatischen Unterbezahlung“, sagt Ranka Prante, Fraktionsvorsitzende und frauenpolitische Sprecherin der LINKEN Landtagsfraktion.

„Es gibt bislang einen Rechtsanspruch jeder Frau auf Hebammenleistungen. Wenn Hebammen ihren Job aber mangels gerechter Entlohnung aufgeben müssen, ist der Rechtsanspruch nicht aufrecht zu erhalten und die Versorgung insbesondere im ländlichen Raum in Gefahr.“

Die Einkommenssituation von Hebammen und Geburtshelfern müsse dringend verbessert werden.

Aus der Antwort auf eine kleine Anfrage der Abgeordneten Ranka Prante im Juni 2010 (Drucksache 17/582) ging hervor, dass die Landesregierung jegliche staatliche Unterstützung der Hebammen ablehne.